



Antrag

Der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/die Grünen, FDP und der Abgeordneten des SSW

Mikroplastikeinträge einschränken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich unter Bezugnahme auf den Landtagsbeschluss vom 15.11.2017 zu Drs. 19/290 der Bundesratsinitiativen der Länder Hamburg, Thüringen, Berlin und sowie Bayern zur generellen Einschränkung der Verwendung von Mikroplastik und speziell zum Verbot von Mikroplastik in Kosmetika anzuschließen und sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die von der Europäischen Kommission angekündigten Maßnahmen zügig umgesetzt werden.

Begründung:

Mikro- und Nanoplastik stellen eine große Gefahr für die Umwelt, insbesondere für die Binnengewässer und Meeresökosysteme, für Fische und letztlich auch für Menschen dar. Mikroplastik gelangt u.a. durch den Abrieb von Reifen, durch Textilien und andere Kunststoffartikel in die Umwelt. Es sollte geprüft werden, inwieweit eine wirksame Minderung des Eintrages aus solchen Produkten erreicht werden kann.

Mitursächlich für den Eintrag in die Umwelt ist auch der Einsatz von Kunststoffmikropartikeln in Reinigungs-, Hygiene und Kosmetikartikeln. Trotz einer freiwilligen Selbstverpflichtung der Hersteller werden diese Stoffe nach wie vor eingesetzt. Dieser Einsatz sollte vollständig beendet werden. Deutschland sollte, wie auch schon Großbritannien, Italien oder Schweden bei den Herstellern darauf hinwirken, ganz auf Mikroplastik zu verzichten. Gegebenenfalls muss dies durch ein bundesweites Verbot erreicht werden.

Stefan Weber
und Fraktion

Heiner Rickers
und Fraktion

Marlies Fritzen
und Fraktion

Dennys Bornhöft
und Fraktion

Flemming Meyer
und die Abgeordneten des SSW